

## Heimatfront Hurrikan

New Orleans war seit langem eine durch die Faktoren „Rasse“ und Klasse gespaltene Stadt. Vor dem Hurrikan „Katrina“ lebten 29,7 Prozent ihrer Einwohnerinnen und Einwohner unterhalb der offiziellen Armutsgrenze; der Anteil lag unter Afroamerikanern, die 67,3 Prozent der Bevölkerung stellten, noch weit höher.<sup>1</sup> Die Wohnviertel waren in ähnlichem Maße polarisiert – dies erklärt, warum die Häuser der Armen und der Afroamerikaner vom Hurrikan und der Überflutung viel härter getroffen wurden als diejenigen der weißen Mittel- und Oberschicht.

Barack Obama, kein glühender Radikaler, sondern ein eloquentes, afroamerikanisches Mitglied des US-Senats aus Illinois, formulierte diesen Zusammenhang jüngst so: „Ich hoffe wir begreifen, dass die Menschen von New Orleans nicht einfach während des Hurrikans fallen gelassen wurden. Sie wurden bereits lange vorher preisgegeben – dem Mord und Chaos in ihren Straßen, den minderwertigen Schulen, zerfallenden Häusern, der unzureichenden Gesundheitsversorgung sowie einem allgemeinen Empfinden von Hoffnungslosigkeit.“<sup>2</sup>

Es besteht kein Zweifel, dass man die von „Katrina“ verursachten Schäden hätte vermeiden können. Ein angemessenes Rettungsmanagement hätte den Verlust an Menschenleben stark verringern können, aber Michael D. Brown, den die Regierung aus parteipolitischen Gründen zum Leiter der Katastrophenschutzbehörde (FEMA) ernannt hatte, war offensichtlich nicht für die Aufgabe qualifiziert – er hatte vor seiner Ernennung einen Verband für Liebhaber von

Araber-Pferden geleitet. (Brown ist inzwischen zurückgetreten.)

Überhaupt wird die Reaktion der Regierung auf den Hurrikan in der amerikanischen Öffentlichkeit allgemein als ein Desaster angesehen. Die heraufziehende Gefahr war lange bekannt; ein Bericht nach dem anderen mahnte angesichts fortschreitender Bodenversiegelung in einem Überschwemmungsgebiet und maroden Dämmen zur Vorsicht.<sup>3</sup> Aber das Budget für Katastrophenvorsorge wurde von einer Regierung, die die Steuern senkte und einen ungeheuer teuren Krieg im Irak vom Zaun brach, fortlaufend zusammengestrichen.

### Wiederaufbaupläne

Alle Welt meldet sich mittlerweile mit Vorschlägen, was – längerfristig – aus New Orleans und der Golfküste werden soll – von Dennis Hastert, republikanischer Sprecher des Repräsentantenhauses, der empfiehlt, die Stadt aufzugeben, nur um Kosten zu sparen, bis zu Präsident George W. Bushs Äußerungen über einen sofortigen Beginn der Wiederaufbauplanung (etwa durch die „bewährte“ Katastrophenschutzbehörde FEMA?!).

Auch die ganz überwiegend weiße Elite von New Orleans schmiedet Wiederaufbaupläne. Wie das „Wall Street Journal“ berichtet, hat James Reiss, ein der alten Aristokratie entstammender Unternehmer, der sein in einer exklusiven Wohngegend gelegenes Haus per Hubschrauber vor Plünderungen zu sichern suchte, bereits Kontakt zu der lokalen Geschäftselite und zu Bürgermeister Ray Nagin hergestellt. „Die Machtelite von New Orleans – unabhängig davon, ob sie immer noch in der Stadt ist oder zeitweise auf Enklaven wie Destin in Florida oder Vail in Colorado ausgewichen ist – besteht darauf, dass die wiederaufgebaute

1 <http://quickfacts.census.gov/qfd/states/22/22071.html>.

2 Zit. n. <http://obama.senate.gov/>.

3 Vgl. z.B. „National Geographic“, 10/2004.

Stadt nicht einfach die alte Ordnung wiederherstellen wird. Vor der Flut wurde New Orleans durch eine *allgegenwärtige Unterklasse*, minderwertige Schulen und eine hohe Kriminalitätsrate belastet. [...] Die neue Stadt müsse anders sein, sagt Herr Reiss, mit besseren Dienstleistungen und *weniger armen Menschen*. ‚Diejenigen, die den Wiederaufbau dieser Stadt wollen, wollen ihn in einer vollständig anderen Art und Weise: demographisch, geographisch und politisch,‘ sagt er. ‚Ich spreche hier nicht nur für mich. Die Art, wie wir hier gelebt haben, wird sich so nicht wieder ereignen, oder wir sind weg.‘<sup>4</sup>

Soweit die Pläne der Machteliten. Aber wo liegen die wirklichen Probleme?

Sonnenklar ist zunächst einmal, dass die Ressourcen der betroffenen Städte in keiner Weise ausreichen, die Katastrophe zu bewältigen. Gleiches gilt für die betroffenen Bundesstaaten. Schon allein deshalb muss die Bundesregierung den Löwenanteil der Hilfsleistungen erbringen. Auch eine wirklich soziale Ressourcenverteilung lässt sich nur auf Bundesebene organisieren, denn eine Dezentralisierung der finanziellen Verantwortung läuft gewöhnlich auf Regressionstendenzen hinaus. Die Bundesregierung muss die erforderlichen Ressourcen beschaffen, während die Entscheidungen über deren Verwendung auf demokratische Weise herbeizuführen sind, also so weit wie möglich vor Ort, das heißt im Sinne der geschädigten Bewohnerinnen und Bewohner.

Das Rote Kreuz, die Heilsarmee, zahllose Freiwilligen- und Hilfsorganisationen haben Enormes geleistet, um in der gegenwärtigen Notsituation auszuhelfen. In den Vereinigten Staaten versucht die Politik seit langem, die Rolle privater Non-Profit-Organisationen vor allem im Bereich sozialer Dienstleistungen so weit wie möglich zu vergrößern. Mittlerweile wächst – in Europa sichtbarer als

in den USA – die Besorgnis, diese Politik führe dazu, die Verantwortlichkeiten des Staates zu vernachlässigen, und ihr eigentliches Motiv liege weniger darin, bessere oder effizientere Dienstleistungen bereitzustellen, als darin, Staatsausgaben und Steuern zu drosseln. Die ideologische Komponente lässt sich kaum übersehen, wenn manche Kreise geflüstertlich den Glaubenssatz verbreiten, im Katastrophenfall sollten die Leute eben spenden, aber die Erhebung von Steuern zum gleichen Zwecke sei zu verwerfen. Das „Wall Street Journal“ regt mittlerweile sogar an, die Unternehmen Home Depot und Walmart könnten doch am schnellsten Gebrauchsgüter dorthin schaffen, wo sie am dringendsten benötigt werden, verzichtet aber einstweilen auf den Vorschlag, die Katastrophenhilfe zu privatisieren und den beiden zu überlassen. Bald wird noch jemand vorschlagen, Halliburton die Golfküstenhilfe zu übertragen, und man kann nur hoffen, das niemand das dann ernst nimmt. Denn Katastrophenhilfe und -vorbeugung liefern geradezu klassische Argumente für die Notwendigkeit eines handlungsfähigen öffentlichen Sektors.

#### *Von Menschen verursacht*

Fest steht: Es waren auch im Fall von „Katrina“, wie Mike Davis für fast alle Fälle von „Natur“-Katastrophen nachweisen kann,<sup>5</sup> keineswegs allein Naturgewalten, sondern Menschen und menschliches Handeln, die derartige Resultate herbeiführten. Um dergleichen in Zukunft zu verhindern, kommt es deshalb entscheidend darauf an, Ursachen und Verursachen eindeutig zu identifizieren. Oder sollten die menschlichen Akteure, deren Handeln solche Konsequenzen gezeitigt hat, etwa nicht zur Rechenschaft gezogen werden?

5 Vgl. den Beitrag von Mike Davis in diesem Heft sowie sein Buch *Late Victorian Holocausts. El Niño, Famines, and the Making of the Third World*, New York 2001.

4 „The Wall Street Journal“, 8.9.2005 (meine Herüberhebung, PM).

An Fehlern, die aufzuarbeiten wären, herrscht wahrlich kein Mangel, sowohl im Hinblick auf Planungs-, Entwicklungs-, Bau- und Instandhaltungsver-säumnisse der Vergangenheit als auch auf die Rettungsmaßnahmen. Sollte man darauf verzichten, sie zu kritisieren, weil Kritik eine menschliche Tragödie zum Gegenstand politischer Richtungskämpfe machen könnte? Die Geschichte liefert reichlich Beispiele politischer Fehler und Versäumnisse, sowohl von demokratischer als auch von republikanischer Seite. Umso mehr kommt es darauf an, die konkrete „Katastrophe“ und ihre konkreten Verursacher ins Auge zu fassen.

Keine Katastrophe gleicht der anderen. Rettungs- und Bergungsoperationen ähneln einander in vielem, auch die Warnsysteme für unterschiedliche Katastrophenfälle mögen einander in vielem ähneln, und natürlich sollte man die Grundprinzipien solcher Fälle lehren und Erfahrungen über sie austauschen. Aber den jüngsten Hurrikan und den Anschlag auf das World Trade Center gleichermaßen als „Katastrophen“ zu behandeln, ohne die völlig unterschiedlichen Ursachen dieser beiden Ereignisse herauszustellen – wie es Präsident Bush tut –, führt in die Irre.

Daraus folgt: Zur „Katastrophenvorsorge“ können durchaus Vorkehrungen gehören, wie sie hier erwähnt wurden, darunter die ökologische Risikoabschätzung im Hinblick auf wiederkehrende Katastrophenursachen. Es gibt jedoch keinerlei Veranlassung zu glauben, „Katastrophenanalyse“ oder „Katastrophenvorsorge“ könnten uns über das konkrete Ursachengeflecht aufklären, aufgrund dessen es zu Terroranschlägen kommt – oder zur Bebauung von Feuchtgebieten oder zu dieser oder jener Hafenstandortentscheidung.

Ganz im Gegenteil: Wenn „Katastrophenvorsorge“-Muster zu einer Terrorisusbekämpfung verleiten, die sich darauf beschränkt, Hochhäuser zu Festungen auszubauen, öffentliche Plätze mit Videokameras zu überwachen oder blu-

menkästenbekrönte Betonsperren zu entwerfen, dann verdrängen sie jede ernsthafte Untersuchung der menschlichen Faktoren, die derartige Katastrophen hervorgerufen oder zu ihnen beigetragen haben. Da wir es mit sehr unterschiedlichen Katastrophenarten zu tun haben, bedarf es entsprechend unterschiedlicher Formen sozialer, ökonomischer und politischer Analyse. Aber dies zu leisten gelingt nur sehr mühsam und unzureichend, sofern man sich in allgemeinen Debatten über „Katastrophen“ an sich verliert. Schlimmstenfalls führt es dazu, zu ignorieren oder als unvermeidliches Verhalten der Akteure hinzunehmen, was doch in Wirklichkeit oft die schlimmsten Konsequenzen von „Katastrophen“ verursacht.

Offensichtlich lagen im Fall von „Katrina“ die konkreten Ursachen der von Menschen gemachten Katastrophe jedenfalls ganz woanders, als im terroristusfixierten Katastrophenministerium derzeit wahrgenommen wird: Wenn aber die Bebauung früherer Feuchtgebiete New Orleans' Fähigkeit schwächte, einen Hurrikan zu überstehen, muss dann nicht der Frage nachgegangen werden, wer diese Entwicklung zuließ?<sup>6</sup> Wenn Afroamerikaner übermäßig konzentriert in Gebieten leben, die besonders tief unter dem Meeresspiegel liegen, oder pro Kopf 50 Prozent weniger Autos haben als Weiße oder ihre Armutsrate doppelt so hoch ist – muss es nicht zum Gegenstand öffentlicher Debatten werden, den Ursachen und Verantwortlichkeiten nachzugehen?

Wenn zur Evakuierung von 100 000 Menschen lediglich 3000 Busse fehlen – deutlich weniger als für die großen Antikriegsdemonstrationen in Washington, D.C., eingesetzt wurden –, aber tagelang nicht zur Verfügung stehen, kann man dies einfach „übersehen“?<sup>7</sup> Wenn heute die Nationalgarde ge-

6 Im Jahresschnitt betrug der Verlust an Feuchtgebieten 25 *square miles* (rund 65 qkm), im Laufe der letzten 75 Jahre insgesamt 1,9 Mio. *acres* (etwa 7690 qkm); „New York Times“, 5.9.2005.

7 Vgl. Mitchel Cohen, *People of the Dome*, www.znet.org, 3.9.2005.

braucht wird, aber 3000 Angehörige dieser Truppe aus Louisiana und 4000 Angehörige der Nationalgarde von Mississippi im Irak stehen, haben die Bürgerinnen und Bürger dann nicht das Recht und die Pflicht, sich Gedanken über die Zusammenhänge zu machen? Wenn man dagegen nicht konkret untersucht, wer für was verantwortlich ist, landet man nämlich, wie derzeit täglich und nahezu überall zu beobachten, unter den gegenwärtigen Bedingungen schnell bei Allgemeinplätzen wie „Die Regierung hat uns im Stich gelassen“, und dies wiederum führt schnell zu Weisheiten wie „Washington kann man nicht trauen“, „Unsere Steuern werden vergeudet“ oder gar „Auf Politiker und die Politik insgesamt ist kein Verlass“.

### *Zurückgewinnung der Politik*

Im Interesse von Gerechtigkeit und Demokratie kommt es dagegen letztlich darauf an, die Dimension der Politik zurückzugewinnen: Einmischung in die Politik sollte in jeder Hinsicht ermutigt werden. Wenn sich dann zeigen sollte, dass kein Politiker, keine politische Partei die Erwartungen befriedigt, lässt sich auch daraus viel lernen. Vielleicht motiviert die Lektion dazu, selbst politisch aktiv zu werden. Schließlich kann man nur in der politischen Arena, nicht von den Naturgewalten oder dem Markt, erwarten, dass Grundsätze sozialer Gerechtigkeit in Betracht gezogen werden.

Wir Stadtplaner schätzen vor allem die Idee regionaler Problemlösungsverfahren, ohne jedoch die schwierigen Mitbestimmungsfragen zu verkennen, die diese Art Planung mit sich bringt. Im konkreten Fall von New Orleans und der anderen zerstörten Städte und Gemeinden gibt es bisher jedoch kaum greifbare Vorstellungen, wie ein derartiger Planungsprozess diesmal ablaufen könnte. Eine Möglichkeit bestünde darin, die Planung eher an Menschen als an Örtlichkeiten zu orientieren: die

Heimatlosen zu fragen, wo sie künftig gerne leben würden, und Neuansiedlungsvorhaben (vielleicht sogar in bundesweiter Perspektive) genauso in die Planung einzubeziehen wie den Wiederaufbau am alten Ort. Im Interesse der Gerechtigkeit wäre es vielleicht auch wünschenswert, die Bedürfnisse heimatlos gewordener Anwohner anders zu gewichten als diejenigen von Investoren und Eigentümern – eine kitzlige Frage.

Versuchen wir es mit einem Gedankenexperiment. Man nehme die 18 Mrd. US-Dollar, die ein nachhaltiger Wiederaufbau von New Orleans, frühen Schätzungen zufolge, mindestens kosten soll. Man dividiere diese Zahl durch jene der vom Hurrikan geschädigten Menschen, sagen wir 500000. Das ergibt 36000 US-Dollar pro Person, vielleicht 100000 US-Dollar pro Haushalt. Man sortiere die Haushalte nach spezifischen Eigenschaften oder Interessen, beispielsweise nach dem Kriterium Hautfarbe. Man lasse die Afroamerikaner, zwei Drittel der betroffenen Bevölkerung, über die Verwendung der ihnen nach unserer Rechnung zustehenden 335000 x 36000 US-Dollar – also rund 12 Mrd. US-Dollar – entscheiden, und entsprechend jede andere Bevölkerungsgruppe. Würden sie die Deiche erneuern? Eine neue Stadt gründen? Würde man das Risiko eingehen, sich auf die nötigsten Reparaturen zu beschränken und das Geld vielleicht für die Anschaffung von Autos für die Autolosen verwenden, vielleicht dazu, Kinder aufs College zu schicken, Familien aus der Armut zu befreien?

Es würde jedenfalls ein noch größeres Versagen bedeuten, wenn jetzt die Chance für die Einbeziehung der Betroffenen verpasst wird.

Peter Marcuse

